

General-Anzeiger

Elberfeld
Verlags- und Redaktions-Adresse:
Hauptstadt Elberfeld, a. d. Elbe, Nr. 50
Telefon Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 478.

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Verlags- und Redaktions-Adresse:
Hauptstadt Elberfeld, a. d. Elbe, Nr. 57
Telefon Nr. 714 u. 4997.

Die Antworten Englands und Italiens.

Vereinigt gegen Deutschland! — Englands Antwort besonders scharf und einseitig.
Italiens Note etwas höflicher. — Deutschland soll „erweiterte“ Vorschläge machen.

Die englische Note.

WTB London, 13. Mai. (Draht.)

Die heute vormittag auf der deutschen Botschaft überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Euer Excellenz!

Die Regierung Seiner Majestät hat dem Memorandum, das Euer Excellenz am 2. dieses Monats mitgeteilt haben und in dem die deutsche Regierung ihre Vorschläge für eine Regelung der Entschädigungsfrage vorlegt, Ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Dieser Schritt der deutschen Regierung ist bekanntlich die Folge einer Anregung gewesen, die ich im Laufe meiner Aussprache im britischen Parlament am 20. April gegeben habe, und die Regierung Seiner Majestät hat daher an der Antwort, die auf diesen Appell hin erfolgt ist, ein besonderes Interesse. Ich kann Euer Excellenz nicht verschweigen, daß die Vorschläge Ihrer Regierung eine große Enttäuschung

erzeugen sind, und daß die deutsche Regierung den berechtigten Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Seiner Majestät wie auf ihre Verbündeten gemacht haben, nach meiner Ansicht hätte voraussetzen und ihm daher vorbeugen können und müssen. Die Vorschläge entsprechen

über der Form noch dem Inhalt

dem, was Seiner Majestät Regierung vernünftigerweise hätte erwarten können als Antwort auf den Rat, den ich bei mehr als einer Gelegenheit der deutschen Regierung durch Euer Excellenz mitteilen zu lassen unternommen habe, und auf den direkten ihr in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis.

Die Hauptgründe für die berechtigte Enttäuschung sind die folgenden:

1. Die deutsche Regierung bietet als gesamte Entschädigung ihrer anerkannten Schuld eine Summe, die weit unter dem mäßigen Betrag liegt, der die Grundlage des Pariser Friedens im letzten Januar unterbreiteten britischen Zahlungsplans bildet und die daher von vornherein als für die verbündeten Regierungen völlig unannehmbar hätte angenommen werden müssen. Weiterhin wird die Zahlung dieser unzulänglichen Summe vom Ergebnis einer Reihe internationaler Anleihen abhängig gemacht, das unter den künftigen Bedingungen in weitem Umfange ungewiss sein mag, und zwar in so hohem Grade, daß der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Möglichkeit eines Richtzuges auf dem Markt der Anleihen beschäftigen. Außerdem schließen die zu diesem Punkte vorgelegten Regelungen finanzielle Bedingungen ein, die für Deutschland weniger drückend sind, als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß kein wirklicher Anreiz für Deutschland gegeben ist, den Versuch der Ausführung zu machen.

2. Daß es die deutsche Regierung unterläßt, die Art der Garantien mit größerer Klarheit zu bezeichnen, welche Deutschland zu bieten bereit ist, ist nach ganz besonders zu beklagen. Statt greifbare und substantielle Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die verbündeten Regierungen und bestimmten Bedingungen und Begünstigungen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschätzten Transaktion dieser Art des praktischen Wertes entbehren. Die Enttäuschung ist um so größer, da die Regierung Seiner Majestät gern den Gläubigern aufrechterhalten möchte, daß an dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden seien, daß die deutsche Regierung die auf ihr liegende Verpflichtung anerkennt, eine ernsthafte Anstrengung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Verträge von Versailles zu machen in einer Weise, die die Verbündeten als billig und aufrichtig (equitable and sincere) ansehen können.

Wenn Deutschland die Absicht hat, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung eines Problems zu eröffnen, das, solange es nicht gelöst ist, die politische und wirtschaftliche Lage Europas und schließlich der ganzen Welt in ernster Verwirrung versetzt, dann erscheint es bedauerlich, daß es nicht

scharfere Abschnürung der Linien

angewiesen hat, auf denen allein eine solche Lösung zu finden sein kann. Die Regierung Seiner Majestät ist überzeugt, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse es vorteilhaft finden wird, die größere Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Lage zu entwickeln, und unter Ausnutzung aller ungewissen und kritischen Punkte das Fortschreiten zu verhindern.

Seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und zu erweitern.

Daß sie in eine brauchbare Grundlage für eine weitere Erörterung umgewandelt werden. An einer solchen Erörterung wird die Regierung Seiner Majestät bereit sein, im gegenseitigen Augenblick an der Seite ihrer Verbündeten teilzunehmen, mit denen sie ein praktisches Interesse an dieser Frage teilt, das sie anzuwenden anzuwenden bestrebt wie den

Bund, einer Lage von internationaler Gefahr ein Ende zu machen. Aber sie kann der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung durch Deutschland sein muß, daß eine viel ernstere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie je bisher in die Erörterung getreten ist. Ich habe die Ehre usw.

ges. Curzon of Kedleston.

Die italienische Note.

WTB Berlin, 13. Mai. (Draht.)

Die heute mittag der deutschen Botschaft in Rom überreichte Note der italienischen Regierung lautet in deutscher Uebersetzung:

Herr Botschafter!

Die aufmerksame Prüfung des Memorandums vom 2. Mai dieses Jahres, das die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Entschädigungsfrage enthält, hat mich überzeugen müssen, daß sie

nicht geeignet sind,

den verbündeten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Erörterung zu dienen. Meine wiederholten Bemühungen, die deutsche Regierung zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzulegen, um aus der in Mitteleuropa entstandenen gefährlichen Lage herauszukommen, haben mir einigen Grund zu der Hoffnung, daß der Schritt der deutschen Regierung einen Fortschritt auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten würde. Ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung getäuscht worden ist. Der Standpunkt der italienischen Regierung in der Sache ist bekannt. Wie aus den vor ihr bei den letzten beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, die

Fragen der Entschädigungen und der Verbandsbindungen als immer enger miteinander verbunden

anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu dringen, daß die beiden Fragen so bald wie möglich gelöst werden, wobei auch die Auswirkungen für den Wiederaufbau seiner eigenen östlich gelegenen Provinzen berücksichtigt werden müssen. Diese Notwendigkeiten erklären deutlich seine Haltung sowohl bei den Beschlüssen der Wiener Konferenz als auch bei den letzten Konferenzen von Paris eingetretene sind, wobei zu berücksichtigen und als feststehend anzunehmen ist, daß sein Interesse und seine Forderungen bei der Lösung dieser außerordentlichen Frage nicht geringer sind als diejenigen irgendeines der verbündeten Staaten. Wie in vielen ähnlichen Angelegenheiten und besonderen Akten der königlichen Regierung befindet worden ist, ist Italien geneigt, seinen Anteil an den Opfern zu tragen, um zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Regelung zu gelangen. Aber es kann nicht zugeben, daß ihm mehr auferlegt wird, als seine Kräfte bei vernünftiger Schätzung zulassen. Auch darf nicht vergessen werden, welche Stellung Italien hinsichtlich der Wiederherstellungen der kleineren Staaten hat, in Anbetracht deren es aus Generosität und Mäßigkeit sowie aus Rücksicht auf deren äußere Lage erhebliche Konzeptionen bewilligt hat, ohne sich bisher auf das Recht der in den Verträgen festgelegten Mitspracherechtigkeit Deutschlands zu berufen oder auf dieses Recht zu verzichten. (Anmerkung des WTB: Die Uebersetzung des vorstehenden Satzes ist unklar, da offensichtlich eine Verflüchtigung des Telegramms aus Rom vorliegt.)

Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Wiederherstellungen nicht beizutreten. Obwohl das Memorandum Bonar Javos hohe Ziele aufstrebte, schien es die unabwiesbaren Forderungen Italiens nicht genügend zu berücksichtigen. Nach diesem unmittelbaren Vorgang muß die italienische Regierung mit berechtigtem Erbittern hervorheben, daß das deutsche Memorandum vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung enthalten waren. Abgesehen davon, daß die für die Wiederherstellungen schätzte Summe offensichtlich weit niedriger ist als irgendein noch so geringer Beitrag, den man vernünftigerweise hätte erwarten können, ist die internationale Anleihe, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig bewirkt werden soll, nur als ein Mittel angegeben, ohne die notwendigen genaueren Angaben und ohne daß gesagt wäre, wie für die Unterbringung und ihren Erfolg zweckmäßig gelöst werden soll. Wenn es sich um konkreten Angaben über Garantien und Pfänder sowie jede Möglichkeit für deren tatsächliche Befestigung. Der deutsche Vorschlag, daß daher seinen organischen und vollständigen Plan dar, wie er unbedingt notwendig gewesen wäre, um zu einer nur grundlegenden Erörterung Anlaß zu geben. Vielmehr bezeugt er sich an eine Reihe von unbedeutenden und unwichtigen

gaben, die um so weniger Wert haben, je wichtiger die Fragen, auf die sie sich beziehen, für die allgemeine Regelung sind. Dieser Mangel wird von der italienischen Regierung bedauert, weil er zum allgemeinen Schaden jede Annäherung einer Lösung des Problems verzögert und weil er eine Ansicht stärkt, die gewiß Anhänger hat, nämlich die Ansicht, daß sich Deutschland unter dem Einflusse gewisser innerpolitischer Strömungen der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen zu entziehen sucht.

Da die italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Besserung der Lage herbeiführen werden, und obwohl sie in ihrer Erwartung getäuscht worden ist, wiederholt sie ihren Rat, daß, sowohl im Interesse Deutschlands wie auch im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft,

eine baldige neue Entschädigung der deutschen Regierung zu Vorschlägen führen müsse.

die durch ihren Inhalt und ihre Bestimmtheit geeignet erscheinen, von der königlichen Regierung zusammen mit ihren Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden.

Wer etwa geglaubt hatte, nach dem fräftigen Töne, den englische Staatsmänner in der letzten Zeit gegen Frankreich anschlugen, nach der energiegelassenen Beurteilung der französischen Ruhr- und Saarpolitik nach in der letzten Unterhausdebatte am Donnerstag, nach der Entrüstung, die das Verurteilen Urteil besonders auch in England ausgelöst hatte — wer nach all diesem der Meinung war, die englische Antwort würde den Deutschen Adren und Lebensnotwendigkeiten einigermaßen gerecht werden, der muß schmerzlich enttäuscht sein.

Daß die englische Regierung das deutsche Angebot für ungenügend erklärte, war zu erwarten, nicht aber, daß Lord Curzon nur Augen für die Mängel des deutschen Vorschlags, die seiner Ansicht nach bestehen, haben würde, aber seinen Blick — aber höchstens einen halben — für den guten Willen Deutschlands, nach diesem Vermögen seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Und er sagt dies in einem schmeicheleichen kraschen Töne, der von dem seiner Oberhausrede, worin er die Anregung an Deutschland gab, erheblich absteht.

Hat die deutsche Regierung diese Zurückweisung verdient? Lord Curzon meint, die Regierung hätte den ungünstigen Eindruck, den ihre Note machte, voraussehen und ihm vorbeugen müssen. Darin liegt ein Körnchen Wahrheit. Könnte man sich nicht vor der Abfassung der Note über die englische Meinung orientieren? An einer Fühlungsnahme von

seiten Englands hat es ja nach Curzons Behauptung nicht gefehlt. Ansehend daß man sich in Berlin lediglich auf Lord B'Herborn, den englischen Botschafter, verlassen, der als großer Optimist gilt. In der Form der deutschen Note, die ein Kompromißprodukt war, haben auch wir einiges ausgesprochen gehabt, ihr entgegenkommender und aufrichtiger Erfüllungswillen getragener Inhalt hätte trotzdem im Auslande besserem Verständnis begünstigen sollen.

Denn Lord Curzon die Höhe unseres zahlenmäßigen Angebots zu niedrig findet — da er in seiner Rede keine bestimmte Summe forderte, hätte auch unser Angebot davon absehen können! — und auf den „mäßigen“ britischen Zahlungsplan für Paris verweist, der 20 Milliarden mehr forderte, so vergißt er, daß die deutsche Note doch anheimgab, die ganze Reparationsfrage dem Urteil und der teilweisen Sachverständiger zu unterstellen, ein Vorschlag, den der amerikanische Staatssekretär Hughes bekräftigt hatte, und den der britische Plan zum Teil ebenfalls enthielt. Nimmt man in London an der bestimmten Grenze, die wir für unser Leistungsvermögen angegeben haben, Anstoß, so findet man in der Garantiefrage die deutschen Versicherungen wieder zu unbestimmt. Wir meinen, nachdem der Weg (gesetzliche Festlegung) angedeutet worden ist, ließe sich über die Ausführung wohl verhandeln.

Wie die ganze politische Auffassung auf der Gegenseite, hat die englische Antwort vor allem den Fehler, daß sie davon ausgeht, was Deutschland bezahlen soll, nicht davon, was es kann. Eine wirkliche Lösung des Reparationsproblems kann aber nur auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit erfolgen. Die Möglichkeit, diese festzulegen, bietet der deutsche Vorschlag einer unparteiischen Untersuchung. In welche Gefahren wir uns mit diesem Vorschlag begeben haben, wissen wir, das sollte man aber auch auf der anderen Seite anerkennen.

In seiner Oberhausrede erwähnte Lord Curzon auch, es sei die Pflicht Englands, Frankreich zu helfen, das die von ihm verfolgte Politik Englands gefährlich erscheine. Inzwischen war die französische Antwort auf die deutsche Note gekommen, worin die Pariser Regierung unabweisbar erklärte, daß sie diese gefährliche Politik fortsetzen will. Man sollte meinen, Lord Curzon hätte in seiner Erwiderung auf das deutsche Angebot auch hierauf wohl hinweisen können. In der Tat spricht er von einer „Lage von internationaler Gefahr“, ohne Frankreich anders zu erwähnen, als durch den Hinweis, daß England den Wunsch habe, an der Seite seiner Verbündeten der in-

Deutsche Richtlinien für die französischen Verkehrserschwerungen.

Paris, 12. Mai. Ueber die nachstehend aufgeführten Punkte haben maßgebende Vertreter aus allen Wirtschaftskreisen (einschließlich Gewerkschaften) mit den zuständigen Stellen der Reichsregierung Aussprache gehalten. Die Beschlüsse haben die einstimmige Annahme der Wirtschaftskreise bei der Regierung gefunden.

1. Französischer Eisenbahnverkehr. Die auf den militärischen Strecken von den Franzosen und Belgiern gefahrenen Personenzüge erkennen sich zwar keineswegs als Zugsprüche der deutschen Bevölkerung; immerhin werden sie von deutschen Privatpersonen mehr und mehr benutzt. Die Eisenbahnen, die Zeit und Gut für ihren Widerstandswort opfern, sind naturgemäß außer Acht zu lassen. Die Benutzung dieser französischen Züge durch Deutsche erzeugt, um so dringender ist es erforderlich, daß jeder in seinem Privatinteresse darauf hinwirken muß, daß die Benutzung der französischen Züge unter allen Umständen verboten ist und schweren Strafen deutscherseits unterliegt.

2. Befragung von Straßen. Die Befragung von Straßen an die französischen Kriegsgesche, Befragungskommandos usw. ist im Einmündigkeit verboten. Im abgelegenen Gebiet gibt es gewisse Fälle, in denen aus Grund des Rheinlandschlusses gewisse Straßen zu befragen sind. Für den neuverfestigten Gebiet kommen diese Fälle nicht in Frage. Unter das Verbot fallen auch die sogenannten Finanz- und Verwaltungsstraßen, dergleichen solche Straßen, die etwa für Polizeibefragung bei Befragungen Waren von den Firmen verlangt werden. Bei diesen letzten Fällen sind die Waren als in Besitz geraten anzusehen und im strengen Befragungungsverfahren durch die deutschen Behörden erschaffen.

3. Automobilverkehr. a) Kraftwagenverkehr: Firmen und Inhaber von Kraftwagen, welche dazu bestimmt sind, lebensnotwendige Lebensmittel und andere unbedingt notwendige Bedarfsgegenstände heranzuführen, können von französischen und belgischen Parteien bewilligt werden. Für den Verkehr innerhalb des Rheinlandschlusses wird bis heute ein solcher Bewilligung von den französischen

und belgischen Befragungskommandos noch nicht verlangt, sofern es sich nicht etwa um Personen-transporte handelt. Die Einholung des französischen oder belgischen Ausweises kommt also zurzeit für diesen Bezirk nur da in Frage, wo es sich um oben genannte Transporte handelt, und diese entweder die Grenze ins unbefestigte Deutschland oder ins abgesetzte Gebiet überschreiten müssen. Von allen Firmen und Personen, die für ihre Kraftwagen die französischen Pässe einholen zu müssen glauben, wird unbedingt erwartet, daß sie ihre Autos zu keinen anderen Transporten als den oben bezeichneten gebrauchen werden.

b) Personkraftwagenverkehr: Die Einholung von französischen und belgischen Ausweisen für Personkraftwagen ist in allen Fällen verboten, in denen es sich um Privatpersonen handelt. Auch hier wird unbedingt erwartet, daß die Autos, welche französische und belgische Pässe einholen zu bringen, den Befragungen bedürftigen, nicht zu persönlichen Privatwetten in Anspruch genommen werden.

4. Kontrolle und Gefährdung für Personen: Die bekannte Verordnung Nr. 187 der internationalen Rheinlandkommission ist in allen Fällen anzuwenden. Die Einholung der geforderten Stempel ist aber auch im abgesetzten Gebiet nur in dringenden Bedarfsfällen gestattet. Die Einreise in das abgesetzte Gebiet aus dem Rheinlandschlusse und aus dem unbefestigten Deutschland ist nur bei dringendem Bedarf vorzunehmen. Sollte für das abgesetzte Gebiet eine ähnliche Ordnungsmäßigkeit ausgearbeitet werden (das ist inzwischen geschehen), so ist deren Befolgung ebenso zu erwarten. Ausgenommen von diesem Verbot sind der Grenzverkehr, soweit es sich um Personen handelt, die auf dem Wege von ihrer Arbeit zum Arbeitsplatz sind, und umgehrt die französischen und belgischen Befragungskommandos, welche ebenfalls ausgenommen von dem Verbot sind, diejenigen Personen, die, ohne einen Bewilligung, die Verbindung zwischen dem abgesetzten Gebiet und unbefestigten Deutschland aufrecht erhalten müssen.

das Recht gegeben,
da Gesez nicht entk
so schlicht der
haben, müssen sie
den, wenn sie aber
den, wie die Verur
läßt, dann kann m
urtheilen, in dem d
bestimmungen
schonbe verurtheilt,
wenn die Geschna

Dr. 1

2000 11

GA. H.
Hamburg
Meisterstraße
Freunde
ersten 10 W
ausdrängen.
28. Plante
einige gute
Stücken, und
ihren Günstl
das Bild von
war sehr st
Spiel vor.
Vor, dem i
der dritte
erzielte Mi
Hamburg

GA. Son
andere Meis
Giege des S
gang. Die
1:0 und erst
weiteres Lor
30 000 Gulde

Verufla

Um es gleich
in Pfeiler

An der
dem Ende
derselben Ver
dem bekannte

Sturm ein un-
nach der
mer wieder
griff auf

und einer ge-
gildeten Stadt
Zorabli auf
Die Stadt

Flügelspiel:
innenspieler

Epief mit G
ferne besten
ERSTEILAUfer.

Vermächtnis

Der Sport
Sonntag mit
vereinigung
schon (siehe)

1. Daffgeit in
vermuthlich ein
sehr trüb

Altermarkt 28

und kurz vor
nach einem
die 2. Mann

„Vorwärts“
Heutige

Die erste
jetzt existierende
her lautet:

Mehr Eier
Fleisch, Fett,
Milch, Butter
durch tägliches
Futter beizuge-
ben von
**Kraftnahrung
Phoskal**
in allen Apoth.
u. Droge. abh.

„Die Den-
kmal ist ein

Städter, Teil
etwas andere
wieder jenseit

Rein, lieber
Biplemite

For d

39] So ge|ch
Partei|ver|an

mit Absicht
zung vom
fielte an ihn
er für die

ger für die
zu arbeiten,
bina tätig 8
65-1000

Er hätte sich
über ihn

Über er erb
scheiden mü
wonnöten f

Sollte er
Der Weg zu
mit einem

nicht auch er-
heilt der Ho-
he mit Ge-

Er über
einige Einf
Seit dem ab
Ottomianen

Es bot f
mit größerer

machte in E
benen man
unaufrufen.

warten, an
dem das Fi
schne.

Gines 2
verlassen zu
Sie ha-

— mit der
nach gleich

Woe ba
not that
the top

1944. Mrs. J. P. S.
 1945. Mrs. J. P. S.
 1946. Mrs. J. P. S.
 1947. Mrs. J. P. S.
 1948. Mrs. J. P. S.
 1949. Mrs. J. P. S.
 1950. Mrs. J. P. S.
 1951. Mrs. J. P. S.
 1952. Mrs. J. P. S.
 1953. Mrs. J. P. S.
 1954. Mrs. J. P. S.
 1955. Mrs. J. P. S.
 1956. Mrs. J. P. S.
 1957. Mrs. J. P. S.
 1958. Mrs. J. P. S.
 1959. Mrs. J. P. S.
 1960. Mrs. J. P. S.
 1961. Mrs. J. P. S.
 1962. Mrs. J. P. S.
 1963. Mrs. J. P. S.
 1964. Mrs. J. P. S.
 1965. Mrs. J. P. S.
 1966. Mrs. J. P. S.
 1967. Mrs. J. P. S.
 1968. Mrs. J. P. S.
 1969. Mrs. J. P. S.
 1970. Mrs. J. P. S.
 1971. Mrs. J. P. S.
 1972. Mrs. J. P. S.
 1973. Mrs. J. P. S.
 1974. Mrs. J. P. S.
 1975. Mrs. J. P. S.
 1976. Mrs. J. P. S.
 1977. Mrs. J. P. S.
 1978. Mrs. J. P. S.
 1979. Mrs. J. P. S.
 1980. Mrs. J. P. S.
 1981. Mrs. J. P. S.
 1982. Mrs. J. P. S.
 1983. Mrs. J. P. S.
 1984. Mrs. J. P. S.
 1985. Mrs. J. P. S.
 1986. Mrs. J. P. S.
 1987. Mrs. J. P. S.
 1988. Mrs. J. P. S.
 1989. Mrs. J. P. S.
 1990. Mrs. J. P. S.
 1991. Mrs. J. P. S.
 1992. Mrs. J. P. S.
 1993. Mrs. J. P. S.
 1994. Mrs. J. P. S.
 1995. Mrs. J. P. S.
 1996. Mrs. J. P. S.
 1997. Mrs. J. P. S.
 1998. Mrs. J. P. S.
 1999. Mrs. J. P. S.
 2000. Mrs. J. P. S.

[illegible]

[illegible][illegible][illegible][illegible]

General : Sign
Reyn. Electric

THE JOURNAL
 OF THE
 AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION
 PUBLISHED WEEKLY
 535 N. Dearborn St., Chicago 10, Ill.
 Second-class postage paid at Chicago, Ill.
 Postmaster: Send address changes in U.S.A. to JOURNAL OF THE AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION, 535 N. Dearborn St., Chicago 10, Ill. Outside U.S.A.: THE JOURNAL OF THE AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION, 11, St. Martin's Lane, London, W.C.2, England.
 Subscription prices: \$5.00 per annum in advance. Single copies 15¢.
 Entered as Second-class Matter, June 26, 1911. Postage paid at Chicago, Ill., under special rate of Post Office Department. Acceptance for mailing at special rate of postage provided for in Post Office Department on July 16, 1962.
 Copyright, 1963, by American Medical Association
 Printed at the Chicago Press, Chicago, Ill.

Der Mann, Cisterstrasse 30, neben der Bergbahn.

Wahl, Barmen

S. & R. Wahl, Barmen